Kantonsrat St.Gallen 83.17.01

Berichterstattung 2017 der Vertretung des Kantonsrates in der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz (Frühjahrstagung 2017)

Bericht vom 19. Mai 2017

Vertreterinnen und Vertreter der Internationalen Parlamentarischen Bodensee-Konferenz (nachfolgend IPBK)¹ trafen sich am 19. Mai 2017 zur halbjährlichen Konferenz im Liechtensteinischen Landtag in Vaduz. Unter der Leitung von Albert Frick, Landtagspräsident, nahmen die parlamentarischen Delegationen der Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern und Vorarlberg, der Kantone Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Schaffhausen, St.Gallen, Thurgau und Zürich sowie des Fürstentums Liechtenstein an der 48. Sitzung der IPBK teil. Im Zentrum der Tagung standen die Anträge aus dem Steuerungsausschuss zur Bildung zweier Arbeitsgruppen. Ferner beschäftigten sich die Tagungsteilnehmenden mit der Berichterstattung aus der Internationalen Bodensee Konferenz (IBK) und deren künftigen Zusammenarbeit mit der IPBK. Hinzu kamen Berichte und Informationen zu diversen Themen.

Informationen und Anträge aus dem Steuerungsausschuss

Landtagspräsident Albert Frick berichtete aus dem im Zuge der letztjährigen Revision des Statuts der IPBK neu gebildeten Steuerungsausschuss. Dieser ist zur Auffassung gelangt, die Themen «Fluglärm Flughafen Zürich» und «Gesamtverkehrskonzept Bodensee» je in einer Arbeitsgruppe vertieft zu bearbeiten. Erstere soll eine Auslegeordnung aus Sicht von Parlamentsmitgliedern vornehmen und auf diese Weise Anregung machen, um die Diskussion wieder aufzunehmen und mögliche Kompromisse auszuloten. Zu diesem Zweck soll der Ist-Zustand erhoben und die aktuellen Haltungen von allen Betroffenen und Fachgremien eingeholt werden. Das seit Jahren andauernde Problem und die damit einhergehende Missstimmung unter den benachbarten Kantonen und Ländern kann die Arbeitsgruppe aber nicht auflösen. Vielmehr sollen mögliche Lösungsansätze gefunden und festgehalten werden. Das Ziel der zweiten Arbeitsgruppe ist eine Übersicht über die verschiedenen laufenden Verkehrsprojekte und anhand dieser eine Evaluation möglicher Strategien für ein Gesamtverkehrskonzept. Die Strategie soll das Ziel verfolgen, die wirtschaftliche Prosperität der Region zu unterstützen, den Tourismus zu fördern und die Natur um den Bodensee nachhaltig zu schützen. Die Aspekte des öffentlichen Verkehrs als auch des Individualverkehrs sind gleich zu gewichten, und die Koordination des öffentlichen Verkehrs auf Strasse, Schiene und zu Wasser ist zu stärken. Als zusätzliche Aufgabe übernimmt die Arbeitsgruppe auch das Thema «Verkehrslösungen im Raum Lindau-Bregenz-Schweiz» (Mautkorridor)². Die IPBK hat beide Arbeitsgruppen bestellt und deren Mitglieder und Präsidien bestimmt. Das Präsidium und das Sekretariat der Arbeitsgruppe «Gesamtverkehrskonzept Bodensee» wurde dem Kanton St.Gallen zugewiesen.

Berichte und Informationen

Horst Schäfler, Vorsitzender des ständigen Ausschusses der IBK, orientierte über den aktuellen Stand des neuen Leitbilds und die Überarbeitung der Strategie der IBK. Die Ergebnisse werden der IPBK im Sommer 2017 im ordentlichen Vernehmlassungsverfahren zur Stellungnahme zugestellt. Die IPBK zeigte wenig Verständnis dafür, dass sie nicht früher in den Prozess einbezogen wurde. Aussagen zur künftigen Zusammenarbeit und insbesondere eine Rückmeldung zum Vorschlag zur Revision des Statuts der IBK stehen noch aus.

Weitere Informationen auf www.bodenseeparlamente.org.

Siehe dazu «Freie Fahrt», Beitrag TVO vom 1. Dezember 2016 (www.tvo-online.ch/mediathek).

Jürgen Brücker, Rektor der Universität Liechtenstein, referierte zum Thema «Internationale Bodenseehochschule (IBH) – der Hochschulverbund aus Sicht der Universität Liechtenstein». Dabei erwähnte er die Vorzüge und Stärken der Universität Liechtenstein. Die Universität gilt als junge, dynamische «Boutique-Universität» und punktet mit einem Betreuungsverhältnis von 1:12.

Im Anschluss daran wurde über die Themen «Beschäftigungsbonus in Österreich», «Masseneinwanderungsinitiative in der Schweiz» und «Verkehrslösungen im Raum Lindau-Bregenz-Schweiz (Maut)» informiert und diskutiert.

Die einheitliche Ortungsfrequenz («Automatic Identification System») für die Schifffahrt auf dem Bodensee war ein weiteres Thema, mit dem sich die IPBK auseinandersetzte. Das Schweizer Bundesamt für Kommunikation möchte dem Gesuch der IPBK zur Einführung der einheitlichen Ortungsfrequenz auf dem Bodensee zum jetzigen Zeitpunkt nicht entsprechen, da verschiedene Behörden nicht bereit sind, die notwendigen Frequenzressourcen zur Verfügung zu stellen. Über allfällige neue Entwicklungen wird die IPBK auf dem Laufenden gehalten.

bb_sgprod-846319.DOCX 2/2